



**ARE-Kurzinformation Nr. 309**

12.07.2018

*Liebe und sehr geehrte ARE - Mitglieder, Freunde und Förderer unseres Zusammenschlusses, Mitstreiter für Rechtsstaat, Gerechtigkeit, Recht und Eigentum, gegen fortwirkendes Unrecht, für Wiedergutmachung, Schadensbegrenzung bei den Defiziten der Wiedervereinigung, für aktiven und verbesserten Aufbau Ost, für Menschenrechte und Zukunftsgestaltung,*

*Sehr geehrte Damen und Herren!*

nach längerer umständebedingten Unterbrechung wollen wir Sie heute in der üblichen Kurzform über die Geschehnisse und Entwicklungen der letzten Wochen auf dem Laufenden halten.

**Vorab müssen wir Sie aber dringend bitten, uns, soweit es noch nicht geschehen ist, Ihre Einwilligung zur Datenschutzerklärung zukommen zu lassen. Auf Grund dieser neuen rechtlichen Regelung werden wir u.U. gezwungen Sie von unseren Informationen auszuschließen, was sicherlich nicht im beiderseitigen Interesse ist. Vorsichtshalber schicken wir noch einmal eine Einwilligungserklärung zu und bitten Sie diese umgehend zurückzuschicken.**

**Vielen Dank für umgehende Erledigung.**

Und nun das wichtigste für Sie in der Zusammenfassung:

**Politische Gespräche mit 3 Fraktionen**

Mit konkreten Vorschlägen und entsprechender Zuarbeit haben wir und insbesondere der Bundesvorsitzende seit Mai d.J. eine Reihe von Kontaktgesprächen mit Bundestagsabgeordneten der Ausschüsse für Inneres und Heimat, für Recht und Verbraucherschutz sowie des Haushaltsausschusses, der Gruppe der Vertriebenen und Minderheiten soweit mit dem Büro des Ostbeauftragten der Bundesregierung und damit des Ministeriums für Wirtschaft und Energie geführt. Ein Schwerpunkt war dabei, im Sinne unserer Aufgaben, Initiativen zur Schadensbegrenzung der Konfiskationsbetroffenen der Jahre 1945-49 und der Zwangskollektivierung auf den Weg zu bringen und nachhaltig zu vertreten. Im Mittelpunkt standen dabei Anregungen und Zuarbeit, insbesondere hinsichtlich der Vorschläge für ein Artikelgesetz zu den Rehabilitierungsgesetzen. Wenn auch die Fortschritte in der Umsetzung wegen der „Berliner Turbulenzen“ noch nicht in unserem Sinne als ausreichend bewertet werden, so bestehen doch positive Ansätze für die Weiterarbeit im September. Wir selbst sind dabei, eine Kleine Anfrage für den Bundestag wegen der Problematik des Fristablauf 2019 bei den Rehabilitierungen zu lancieren, diese wird eine der Fraktionen stellen.

## **Bundratsinitiativen zur Entfristung**

Hilfreich für die von ARE und FRE mit forcierten Initiativen waren ein Länder-Antrag und ein Beschluss des Bundesrates (Drucksache 743/17) der fünf neuen Länder. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufhebung der Antragsfristen bei den Gesetzen zur Rehabilitierung zu schaffen. Hinzu kommt, dass die Überprüfung von in §20 des Stasi-Unterlagengesetzes genannten Personenkreises dauerhaft ermöglicht werden, sowie zur Durchführung der Rehabilitierungsverfahren gespeicherte Unterlagen durch Aufhebung der Frist erhalten bleiben. Mit entscheidend wird sein, ob das zuständige Justizministerium eine angemessene Zuarbeit bei den Novellierungen bzw. Änderungen leistet\*.

## **Grundsatzverfahren Windräder/BVVG-Vertrag/Grunderwerbsteuer**

Da wir in Kürze in diesen Bereichen höchstrichterliche Entscheidungen mit beträchtlichen Auswirkungen erwarten und auch begleitende Aktionen auf den Weg gebracht haben, werden wir Ihnen hierzu voraussichtlich bis Anfang August Näheres mitteilen können.

## **Begehrlichkeiten der Umweltminister und der Grünen im Bundestag**

Wir haben deutlich Stellung bezogen, sowohl gegen die Begehrlichkeiten der Landesumweltministerien als auch gegen den Antrag der Grünen Fraktion, die noch verbleibenden Agrarflächen der BVVG zu schlucken. Auch haben wir in den letzten drei Monaten zur Koordinierung der Aufgaben Abstimmungsgespräche sowohl mit der AfA als auch mit der neu aufgestellten IOB geführt. Darüber hinaus haben wir mit unseren Argumenten offenbar auch bei der BVVG und beim BMF Verständnis gefunden.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Informationen, möchten wir die Fortsetzung auf die nächste Kurzinfo verschieben, diese geht Ihnen in den nächsten Tagen zu.

Für heute

verbleiben wir mit besten Grüßen und guten Wünschen für Sie und Ihre Familien und Freunde

Ihr ARE-Team mit

Manfred Graf v. Schwerin



\* siehe auch Aufsatz "Verbleibende Aufgaben des Gesetzgebers bei der wiedergutmachungsrechtlichen Aufarbeitung von SED-Unrecht" von Dr. J. Wasmuth (Diesen Aufsatz können wir auf Wunsch zuschicken.)

---

ARE-Pläntz: Hofstraße 5, 16845 Pläntz bei Neustadt/Dosse,  
Tel.: 033970/ 518-74 /-76, Fax 033970/ 518-75  
ARE-Zentrum Hessen: Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624/ 9262-58,  
Fax: 05624/ 9262-68  
E-Mail: are-pl@gmx.de, Internet: [www.are-org.de](http://www.are-org.de)  
**Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin BIC: GENODEF 1NPP**  
**IBAN: DE68 1606 1938 0103 0127 94**